

Hans-Joachim Schabedoth

Die Zuspitzung muss jetzt beginnen

Die Arbeit der Großen Koalition hat jetzt das letzte Drittel der Legislaturperiode erreicht. Da ist es nicht verwunderlich, dass sich der Ton der Parteienkonkurrenz verschärft. Es ist auch keine Überraschung, dass in den Medien die Frage nach dem nächsten SPD-Kanzlerkandidaten lauter wird. Und der, der darüber zuerst befinden soll, der Parteivorsitzende Sigmar Gabriel, muss sich damit abfinden, dass das Niederschreiben schon begonnen hat. Zur Halbzeit schien noch klar: Diese Koalition bleibt auf dem Kurs, der in den Koalitionsverhandlungen mühsam miteinander verabredet wurde. Zwischenzeitlich gab es immer mal wieder Versuche der CSU, Eigenständigkeit gegenüber der Schwesterpartei durch Widerborstigkeit und Blockaden unter Beweis zu stellen. Verärgert ist der starke Mann aus Bayern, weil die Kanzlerin vor allem in der Flüchtlingsfrage nicht mehr über jedes Stöckchen springen will, das ihr aus Bayern hingehalten wird. Die Wähler mögen Uneinigkeit an der Regierungsspitze nicht. Das war eine Erfahrung auch schon vergangener Legislaturperioden. So sehr sich die SPD bemüht, den Kurs der Koalition zu bestimmen, auch sie bekommt die allgemeine Unzufriedenheit mit den Regierenden zu spüren.

Keine Depression herbeireden lassen

Seitdem der Umgang mit Flüchtlingen zum bestimmenden Thema wurde, spürt die Kanzlerin, wie schwer es ist, es allen recht machen zu wollen und trotzdem eigene Überzeugungen nicht zu verleugnen. Das war bislang nicht ihre Stärke. Doch seit dem »Wir schaffen das« vom Herbst 2015 ist die Welt eine andere. Seither ist Angela Merkel weniger die Mutti aller Deutschen, sondern mehr die Frau an der Spitze, die selbst den eigenen Laden polarisiert. Von den demoskopischen Spitzenwerten vergangener Regierungszeiten ist sie selbst und die Union insgesamt weit entfernt. Der populistische Widersacher, die »Alternative für Deutschland«, entpuppt sich zunehmend als Alternative für einstige Unionswähler. Die Zustimmungswerte der Union liegen seit Monaten nicht mehr über der 40-%-Marke, sondern tendieren zum unteren Bereich der 30-%-Regionen.

Der rapide Bindungsverlust der einen Volkspartei geht nicht spurlos an der anderen vorbei. Seit der Flüchtlingskrise gelang es der SPD nicht mehr, die Marke vom Wahltag 2013 zu übertreffen. Nach den drei Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt notierte sie erstmals nach langer Zeit knapp über der 20-%-Grenze. Die *Bild*-Zeitung schockte da mit der Botschaft, die SPD habe nun die 20-%-Grenze nach unten durchstoßen. Die Bundes-SPD wohlgemerkt. Diesen Niedergang begleiteten die Journalisten mit dem zeitweisen Vergießen von Krokodilstränen. Analysen gab es selten. Die SPD sei keine Volkspartei mehr, stand in den Gazetten und tönte es aus Fernsehtalkshows. Dabei messen Politikwissenschaftler die Volksparteien eher am breiten Themenangebot ihrer Botschaften als an Mitgliedervielfalt und Vormachtstellung bei der Wählerschaft. Wie konnte die Fähigkeit zur Differenzierung zwischen Volkspartei und Klientelpartei in der Öffent-

lichkeit nur so schnell verloren gehen? Es schien, als wollte noch der letzte Kommentator der 153 Jahre alten Partei das Totenglöcklein läuten.

Kräftig stemmt sich der Parteivorsitzende, Vizekanzler und Wirtschaftsminister gegen das Heer der Abgesangpropheten. Man erinnert sich an die Zeit Helmut Kohls, als sich die Gemeinde seiner Kritiker jedes Mal auf die Schenkel schlug, wenn ein Kabarettist sich über die »Birne aus der Pfalz« lustig machte. Ähnlich ergeht es heute dem Vormann der Sozialdemokraten. Doch weder er noch die Gesamtpartei müssen sich in eine Depression quatschen lassen. Noch immer regiert die SPD – abgesehen von der gesamten Südschiene – in allen Bundesländern. In den meisten Großstädten geht nichts ohne Sozialdemokraten an der Spitze. Bei den hessischen Kommunalwahlen, eine Woche vor dem Wahlmarathon in drei Bundesländern, wäre die Union glücklich gewesen, hätte sie nur gleich wenig Wähler an die AfD verloren wie alle anderen Mitbewerber. Die AfD erzielte fast ausnahmslos zweistellige Ergebnisse.

Der deutliche Wahlsieg von Winfried Kretschmann in Baden-Württemberg und das Abschmieren seines zuletzt so pflegeleichtesten SPD-Partners brachte der Republik eine neue Koalitionsvariante: eine neuartige Koalition der GRÜNEN mit dem kräftig dezimierten, aber koalitionswilligen Rest der Schwarzen. Die Angela-Merkel-Partei schluckte es in Demut. Endlich ist man dort wieder an den Futtertrögen der Macht. Der Strobl-Partei traut man allerdings zu, dass sie vom ersten Tag an auf Machtzuwachs schießt. Mindestens das unterscheidet sie vom vormaligen Koalitionspartner des grünen Übervaters.

In Hessen ist beim schwarz-grünen Regierungsbündnis nach drei Jahren der Lack ab. In Frankfurt am Main ist das schwarz-grüne Stadtbündnis mit seiner langen Tradition bei Kommunalwahlen im März an sein Ende gelangt. Die voreilig abgeschriebene SPD ist in Frankfurt wieder dabei. Gewichtet man demoskopische Momentaufnahmen so, wie das bei schlechten Zahlen für die SPD zum Brauch geworden ist, dann hat die schwarz-grüne Landesregierung schon seit Monaten keinen Rückhalt mehr und die SPD hat längst aufgeschlossen.

Gegen die neue Bedrohung von rechts

Die AfD, gestartet als Partei älterer Männer aus dem Lager abgehalfterter Ökonomieprofessoren, die ihre sichere Pension lieber in D-Mark als in Euro kassieren wollen, ist zu einem Sammelbecken für jene geworden, die mit allem, was sie für etabliert halten, unzufrieden sind. Politesoteriker, Deutschtümler, Fremdenhasser, Bangemacher und Adolf-Relativierer haben sich die gemeinsame Mitgliedschaft in der AfD redlich verdient. Eines muss man ihnen lassen: Sie haben dafür gesorgt, dass die Wahlbeteiligung wieder angestiegen ist. Ein stattlicher Teil der Nicht-Mehr-Wähler hatte sich eine solche neue politische Heimat der »Wir-Ausgegrenzten-gegen-die-Ignoranten-von-oben« schon länger gewünscht. Jetzt wähen sie sich am Ziel ihrer Träume einer Politik gegen die, die bislang Politik gemacht haben. Alle Kritiker gelten ihnen als Agenten der »Lügenpresse«. Ein gutes Jahr vor Öffnung der Bundestagswahllokale scheint dieser Verein auf Zugewinn gepolt. Was ist dagegen auszurichten? Umfragen zählen die eine Hälfte ihrer Wähler als glaubensfeste Anhänger jedweder AfD-Parole,

mag sie auch noch so wirr sein. Die andere Hälfte hingegen scheint desinteressiert am Sammelsurium, das sich die AfD-Vorbeter zum Programm erkoren haben. Letztere wählt diese Partei als Denkkettel für alle, die sie bislang politisch enttäuscht haben. Ein veritabler Teufelskreis: Je heftiger die »Altparteien« den AfD-Unsinn kritisieren, umso mehr fühlt sich das Protestwählersegment bestätigt.

Was tun? Manche AfD-Wähler können mit dem Eingeständnis erreicht werden, dass es für ihren Ärger über die anderen Parteien oder die Regierung gute Gründe gibt, auch dafür, sich von der SPD im Stich gelassen zu fühlen. Entgegenzutreten muss man dem Glauben, die Unterstützung der AfD sei die richtige Konsequenz daraus und aus der Angst vor der eigenen Ausgrenzung. Diese Menschen sind im Wettbewerb um die Wählergunst noch lange nicht verloren. Aber was ist mit der anderen Hälfte? Schon die Sinus-Studie von 1981 wies für fünf Millionen (West-)Deutsche eine Affinität zu rechtsradikalen Deutungsmustern nach. Zahlreiche Untersuchungen der letzten Jahre, von denen Wilhelm Heitmeyers bis hin zu den Mitte-Studien der Friedrich-Ebert-Stiftung, ermitteln auch heute noch ein Potenzial von rund 20 % für rechte Weltbilder. Auch der Blick in fast alle unsere Nachbarländer zeigt die Empfänglichkeit zweistelliger Prozentanteile der Wählerschaft für rechte, völkische und populistische Parolen.

Deutschland mit seiner Treue zu den zweifelsfrei demokratischen Parteien war bisher eher ein Sonderfall. Den notorisch Schwarz-Braunen muss mit argumentativem Widerstand begegnet werden, so lange sie die Gesetze achten. Die demokratische Gesellschaft darf aber nicht dulden, dass die Menschenwürde angetastet wird. Auf jeden Fall ist die Antwort Horst Seehofers die falsche: »Wenn Du sie nicht zurückdrängen kannst, werde ein bisschen wie sie.« Das Original wird fast immer der Kopie vorgezogen. Das ist die Lehre aus den Wahlerfolgen der AfD in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg, wo die CDU den Merkel-Kurs in der Flüchtlingsfrage infrage stellte.

Für die SPD kann es im letzten Abschnitt gemeinsamer Regierungsverantwortung mit beiden Unionsteilen nicht um mehr Krawall gehen, sie muss die Verabredungen des Koalitionsvertrags einhalten: Faire Bedingungen am Arbeitsmarkt, eine Erbschaftssteuer, die ihren Namen verdient, Investitionen in den gesellschaftlichen Zusammenhalt und auch eine Art Mindestrente. Diese, im Kern ja sozialdemokratischen Vorhaben müssen erfüllt werden, damit auch am Ende der Legislaturperiode noch stimmt, was in der Halbzeit für die SPD stand: Gesagt. Getan. Gerecht. Die Grenzen der Interessenüberschneidungen in der Großen Koalition sind bald erreicht. Aber die SPD muss sichtbar werden lassen, dass sie mehr will als die derzeitigen Schnittmengen mit der Union zulassen. Jetzt kommt es für sie auf Zuspitzung und Schärfung der Konturen an.



Hans-Joachim Schabedoth

war lange in der gewerkschaftlichen Politikberatung tätig, seit September 2013 ist er SPD-Bundestagsabgeordneter. Zuletzt bei Schüren erschienen: *Angela Merkel verwaltet – Deutschland verliert. Chronik und Bilanz schwarz-gelber Politik.*

hans-joachim.schabedoth@bundestag.de